

Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragstellerin Abg. Birgit Obermüller)

betreffend: Konzepte für Sonderschulen in Tirol

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, Konzepte für verbliebene Sonderschulen zu erstellen, die Auskunft darüber geben, wie lange man an ihrem Bestehen weiter festhält, um einerseits den Eltern von Kindern mit Lernschwierigkeiten Planungssicherheit zu geben und um andererseits eine professionelle Personalentwicklung für Sonderpädagog:innen im Fokus behalten zu können.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Tirols Sonderschulen stehen seit mehr als 20 Jahren in der Kritik, Absondersysteme zu sein. Alle paar Jahre kommt es in Tirol zu einer Schließung einer Sonderschule, da immer mehr Eltern eine inklusive Beschulung für ihr Kind mit Lernschwierigkeiten wünschen. Andere Eltern melden sich wiederum zu Wort, um für den Verbleib von Sonderschulen zu kämpfen. In manchen Fällen wird die Schließung einer Sonderschule sehr kurzfristig entschieden, wie es zuletzt in St. Johann i. T. der Fall war. Die Eltern von schulpflichtigen Kindern waren gefordert, innerhalb kurzer Zeit Nachfolgeschulen zu finden. Inklusionsbefürworter kritisieren, dass es in Tirol überhaupt noch Sonderschulen gibt, obwohl seit 2008 die UN-Behindertenkonvention in Kraft ist und die Politik eigentlich die Aufgabe hätte, diese umzusetzen.

Der Grund für die zaghafte Umsetzung der Behindertenkonvention, die Integrationsvereine auch laufend kritisieren, liegt wohl daran, dass sich die Tiroler Politik seit Jahren uneinig ist und teilweise gar nicht ernsthaft daran interessiert ist, die Behindertenkonvention umzusetzen. Neben der Politik gibt es in jedem Bezirk ein FIDS (Fachbereich für Inklusion, Diversität und Sonderpädagogik), deren Mitarbeiter:innen für die Inklusionsberatung zuständig sind und die Sonderschulen nicht mehr empfehlen. Ihre Beratungen gehen in Richtung Inklusionsschulen. Die einseitige Beratung kritisieren einige Eltern oftmals im Nachhinein, die gerne eine Wahlfreiheit gehabt hätten, nachdem sie

erkennen, dass in Inklusionsschulen die Rahmenbedingungen noch nicht hundertprozentig passen.

Die Tiroler ÖVP - und in der derzeitigen Konstellation wohl auch die SPÖ - und einige Eltern sind für den Verbleib der Sonderschulen, Integrationsvereine und die FIDS für deren Auflösung. In diesem Spannungsfeld befinden sich Sonderschulen mit ihren bestens ausgebildeten Pädagog:innen seit Jahren und müssen sich regelrechten Anfeindungen von Inklusionsbefürwortern gefallen lassen. Man wirft ihnen vor, dass sie Inklusion verhindern würden. Diese Anfeindungen treffen zu Unrecht eine Berufsgruppe, die mit besonderer Empathie ausgestattet ist und die per se nicht zuständig ist für die Umsetzung der Behindertenkonvention. Zuständig ist definitiv die Politik. Sonderpädagog:innen verbleiben in Sonderschulen, da sie dort mit ihrem Expertenwissen viele Kinder fördern können im Gegensatz zu Inklusionsklassen, wo sie nur für einzelne Kinder zuständig sind und weil eben die Rahmenbedingungen in Inklusionsschulen von der Politik noch nicht ausreichend hergestellt wurden.

Zu dieser unklaren Situation für Sonderschulen kommt der Lehrkräftemangel, der generell in Österreichs Schulsystem herrscht, aber im SPF-Bereich dadurch verschärft ist, dass die sonderpädagogische Ausbildung abgeschafft und durch inklusionspädagogische Inhalte im allgemeinen Lehramtsstudium ersetzt wurde. Diese reichen jedoch, wie aus der Praxis berichtet wird, nicht aus, um den pädagogischen Herausforderungen im SPF-Bereich und den Bedürfnissen der betroffenen Kinder gerecht zu werden. Um den Bedarf an qualifizierten inklusions- und sonderpädagogischen Expert:innen zu decken, wurden mittlerweile diverse Lehrgänge und Spezialisierungen für inklusive Pädagogik eingerichtet, und zwar

- für inklusive Pädagogik in der Primarstufe und
- für inklusive Pädagogik in der Sekundarstufe.

Die Lehrgänge etc. für jede der Stufen haben teilweise je nach Standort unterschiedliche Bezeichnungen, was das Gesamtbild unübersichtlich macht. Außerdem ist unklar, wie viele Absolvent:innen diese Ausbildungen hervorbringen und ob damit der Bedarf an SPF-Fachkräften gedeckt werden kann.

Diese Unsicherheiten für Eltern als auch Sonderpädagog:innen bestehen bereits seit mehr als 20 Jahren. Bislang hat noch kein Bildungslandesrat bzw. Bildungslandesrätin ein klares Bekenntnis abgegeben, wie viel Inklusion umgesetzt wird und ob weiterhin Sonderschulen bestehen bleiben. Zu öffentlichen Diskussionen wird geschwiegen und Inklusionsvereine stets getröstet.

Eltern und Sonderschulen brauchen Planungssicherheit und dafür ist die Politik zuständig, die entsprechende Konzepte vorzulegen hat. Der Tiroler Aktionsplan für die Umsetzung der Behindertenkonvention ist zu wenig konkret, was Sonderschulen angeht. An dieser Stelle muss noch einmal klargestellt werden, dass nicht Sonderpädagog:innen zuständig sind für die Umsetzung der Behindertenkonvention, sondern die Politik.

Innsbruck, am 03. November 2023

Buigt Obermüller